

Parteireform

Antragsbereich PR

Antrag 1

Kennnummer 57

Landesverband Baden-Württemberg

Parteireform

		Annahme in folgender Fassung
	<u>Mitmachen beim Politikwechsel –</u>	<u>Mitmachen beim Politikwechsel –</u>
5	<u>Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten</u>	<u>Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten</u>
10	Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Für uns als SPD Baden-Württemberg bedeutet dies, dass wir die Vorschläge zur Parteireform begleiten, diskutieren und unter Beteiligung der Mitglieder den Blick nach vorn wagen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, die organisationspolitischen Fragen unserer Partei	Jede Zeit braucht ihre eigenen Antworten. Für uns als SPD Baden-Württemberg bedeutet dies, dass wir die Vorschläge zur Parteireform begleiten, diskutieren und unter Beteiligung der Mitglieder den Blick nach vorn wagen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, die organisationspolitischen Fragen unserer Partei
15	anzugehen.	anzugehen.
	<u>Demokratische Tradition und demokratischer Fortschritt</u>	<u>Demokratische Tradition und demokratischer Fortschritt</u>
20	Die SPD in Baden-Württemberg bringt einen großen Erfahrungsschatz ein. Wir stehen in der Tradition Carlo Schmid, der prägend für die Ausarbeitung der demokratischen Verfassung nach dem Krieg war. Im Jahr	Die SPD in Baden-Württemberg bringt einen großen Erfahrungsschatz ein. Wir stehen in der Tradition Carlo Schmid, der prägend für die Ausarbeitung der demokratischen Verfassung nach dem Krieg war. Im Jahr
25	2000 haben die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl per Urwahl entschieden. 2009	2000 haben die Mitglieder der SPD Baden-Württemberg die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl per Urwahl entschieden. 2009
30	folgte die Urwahl zum Landesvorsitz. Unsere Landtagsfraktion startete schon früh Initiativen für mehr direkte Demokratie. Auch für Nicht-Mitglieder waren und sind wir	folgte die Urwahl zum Landesvorsitz. Unsere Landtagsfraktion startete schon früh Initiativen für mehr direkte Demokratie. Auch für Nicht-Mitglieder waren und sind wir
35	offen, ob auf Kommunalwahllisten oder bei den Arbeitsgemeinschaften. Im Landtagswahlkampf 2011 setzten wir mit	offen, ob auf Kommunalwahllisten oder bei den Arbeitsgemeinschaften. Im Landtagswahlkampf 2011 setzten wir mit
40	unserer Forderung nach einer Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“ und unserer Dialog-Tour neue Akzente. Der Koalitionsvertrag wurde per Mitgliedervotum angenommen. Der Landesvorstand hat zudem	unserer Forderung nach einer Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“ und unserer Dialog-Tour neue Akzente. Der Koalitionsvertrag wurde per Mitgliedervotum angenommen. Der Landesvorstand hat zudem
	beschlossen, regelmäßig Sachentscheidungen	beschlossen, regelmäßig Sachentscheidungen

<p>durch die Mitgliedschaft herbeizuführen. Unser Wille, Mitglieder stärker an Personal- und Sachentscheidungen zu beteiligen soll auch in der Bundes-SPD Gewicht bekommen.</p> <p>45 Wir wollen, dass die SPD häufiger ihre Mitglieder fragt und bei Personalentscheidungen alle Mitglieder beteiligt werden. Wichtig ist uns eine enge Verzahnung von Partei und Fraktionen.</p>	<p>durch die Mitgliedschaft herbeizuführen. Unser Wille, Mitglieder stärker an Personal- und Sachentscheidungen zu beteiligen soll auch in der Bundes-SPD Gewicht bekommen.</p> <p>45 Wir wollen, dass die SPD häufiger ihre Mitglieder fragt und bei Personalentscheidungen alle Mitglieder beteiligt werden. Wichtig ist uns eine enge Verzahnung von Partei und Fraktionen.</p>
<p>50 Wir werden unsere repräsentative Demokratie durch mehr direkte Demokratie ergänzen. Dies bedeutet, dass wir auf stärkere Bürgerbeteiligung wertlegen und uns dafür einsetzen, die Hürden für Volksbegehren abzusenken. Wir werden das Petitionsrecht weiterentwickeln und die Online-Petition ermöglichen. Landrätinnen und Landräte sollen in Baden-Württemberg zukünftig direkt gewählt werden.</p>	<p>50 Wir werden unsere repräsentative Demokratie durch mehr direkte Demokratie ergänzen. Dies bedeutet, dass wir auf stärkere Bürgerbeteiligung wertlegen und uns dafür einsetzen, die Hürden für Volksbegehren abzusenken. Wir werden das Petitionsrecht weiterentwickeln und die Online-Petition ermöglichen. Landrätinnen und Landräte sollen in Baden-Württemberg zukünftig direkt gewählt werden.</p>
<p>60 Außerdem werden wir das Wahlalter in einem ersten Schritt bei kommunalen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Jugendgemeinderäte werden künftig ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat erhalten.</p>	<p>60 Außerdem werden wir das Wahlalter in einem ersten Schritt bei kommunalen Wahlen auf 16 Jahre absenken. Jugendgemeinderäte werden künftig ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat erhalten.</p>
<p><u>Die demokratischste Partei für die modernste Demokratie</u></p>	<p><u>Die demokratischste Partei für die modernste Demokratie</u></p>
<p>70 Wir streben eine neue Beteiligungskultur an. Damit meinen wir den Willen zu echter, kontinuierlicher Beteiligung mit klaren Regeln und einem transparenten Verfahren.</p> <p>75 Wir werden neue Beteiligungsmöglichkeiten sowohl für unsere Mitglieder, als auch für uns nahe stehende Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen. Wir wollen alle vorhandenen Fähigkeiten und das Wissen unser Mitglieder und unserer Gesellschaft abrufen. Dies bedeutet, dass niemand aufgrund seiner sozialen Situation ausgeschlossen werden darf. Zugleich müssen Arbeitsformen, Veranstaltungszeiten und unsere Sprache größtmögliche Teilhabe sicher stellen. Das Demokratische und das Soziale gehören für uns zusammen.</p>	<p>70 Wir streben eine neue Beteiligungskultur an. Damit meinen wir den Willen zu echter, kontinuierlicher Beteiligung mit klaren Regeln und einem transparenten Verfahren.</p> <p>75 Wir werden neue Beteiligungsmöglichkeiten sowohl für unsere Mitglieder, als auch für uns nahe stehende Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen. Wir wollen alle vorhandenen Fähigkeiten und das Wissen unser Mitglieder und unserer Gesellschaft abrufen. Dies bedeutet, dass niemand aufgrund seiner sozialen Situation ausgeschlossen werden darf. Zugleich müssen Arbeitsformen, Veranstaltungszeiten und unsere Sprache größtmögliche Teilhabe sicher stellen. Das Demokratische und das Soziale gehören für uns zusammen.</p>
<p>90 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen um das Primat der Politik. Nicht von Märkten und für Märkte</p>	<p>90 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen um das Primat der Politik. Nicht von Märkten und für Märkte</p>

95	sondern von Menschen und für die Menschen in unserem Land muss Politik gestaltet werden.	sondern von Menschen und für die Menschen in unserem Land muss Politik gestaltet werden.
	<u>Unsere Position zur Parteireform der SPD</u>	<u>Unsere Position zur Parteireform der SPD</u>
100	Wir unterstützen die Parteireform der SPD als Schritt in einen kontinuierlichen Prozess.	Wir unterstützen die Parteireform der SPD als Schritt in einen kontinuierlichen Prozess.
	Was wir erreichen wollen	Was wir erreichen wollen
105	Wir wollen die SPD als Mitgliederpartei stärken, unseren Mitgliedern mehr Wertschätzung entgegenbringen und sie in Sach- und Personalfragen stärker beteiligen. Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir auch eine stärkere Öffnung und mehr, auch projektformige Beteiligungsmöglichkeiten	Wir wollen die SPD als Mitgliederpartei stärken, unseren Mitgliedern mehr Wertschätzung entgegenbringen und sie in Sach- und Personalfragen stärker beteiligen. Nur unter dieser Voraussetzung wollen wir auch eine stärkere Öffnung und mehr, auch projektformige Beteiligungsmöglichkeiten
110	von Sympathisantinnen und Sympathisanten, sowie Stammwählerinnen und Stammwählern.	von Sympathisantinnen und Sympathisanten, sowie Stammwählerinnen und Stammwählern.
115	Wir wollen Strukturveränderungen vor Ort gemeinsam entwickeln und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden. Unsere Partei hat wie viele andere Organisationen deutlich weniger Mitglieder als noch in den 70ern und 80ern. Wir wollen daher nicht mehr Gremien, sondern weniger Gremien.	Wir wollen Strukturveränderungen vor Ort gemeinsam entwickeln und nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden. Unsere Partei hat wie viele andere Organisationen deutlich weniger Mitglieder als noch in den 70ern und 80ern. Wir wollen daher nicht mehr Gremien, sondern weniger Gremien.
120		
125	Wir wollen mit der Reform der Partei mehr Mitgliederbeteiligung ermöglichen. Unsere Beteiligungskultur ändern wir durch handeln. Satzungsänderungen sind hierfür kein Selbstzweck sondern dienen diesem Ziel.	Wir wollen mit der Reform der Partei mehr Mitgliederbeteiligung ermöglichen. Unsere Beteiligungskultur ändern wir durch handeln. Satzungsänderungen sind hierfür kein Selbstzweck sondern dienen diesem Ziel.
130	Mehr Wertschätzung und Beteiligungsrechte für Mitglieder, mehr Beteiligungsangebote für Sympathisantinnen und Sympathisanten	Mehr Wertschätzung und Beteiligungsrechte für Mitglieder, mehr Beteiligungsangebote für Sympathisantinnen und Sympathisanten
135	Konkret wollen wir...	Konkret wollen wir...
140	...dass die Kreisverbände, wo sinnvoll und möglich, Delegiertenversammlungen durch Mitgliedervollversammlungen ersetzen.	(1) dass die Kreisverbände, wo sinnvoll und möglich, Delegiertenversammlungen durch Mitgliedervollversammlungen ersetzen.
	...dass der Bundesparteitag vergrößert wird. Die Vergrößerung des Bundesparteitages	(2) dass der Bundesparteitag vergrößert wird. Die Vergrößerung des Bundesparteitages

<p>145 muss aber zu einer Verbreiterung der Basisbeteiligung und nicht zu einer verstärkten Vertretung durch Mandatsträger in diesem höchsten Gremium der Partei führen.</p>	<p>muss aber zu einer Verbreiterung der Basisbeteiligung und nicht zu einer verstärkten Vertretung durch Mandatsträger in diesem höchsten Gremium der Partei führen.</p>
<p>150</p> <p>155</p>	<p><u>(3) einen kleinen Parteitag, dem 200 von den Bezirks- und Landesverbänden zu wählende Delegierte angehören. Der Parteikonvent tagt in Jahren, in denen kein Bundesparteitag statt findet, mindestens zweimal im Jahr. In den anderen Jahren findet er mindestens einmal statt. Er ist das höchste Beschlußgremium zwischen den Parteitagen.</u></p>
<p>160 ...dass Delegiertenwahlen zu Kongressen und Parteitagen der Europäischen Sozialdemokratie auf dem Bundesparteitag erfolgen.</p>	<p>(4) dass Delegiertenwahlen zu Kongressen und Parteitagen <u>den Räten</u> der Europäischen Sozialdemokratie auf dem Bundesparteitag erfolgen.</p>
<p>165 ...lebendigere Parteitage durch Diskussionsforen auch außerhalb des Plenums (z.B. durch Arbeitsforen zu Themen), verbindliche Redezeiten für alle, mit Pausen um konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen und Parteitage, die an Wochenenden stattfinden, um Berufstätigen die Teilnahme zu erleichtern.</p> <p>170</p>	<p>(5) lebendigere Parteitage durch Diskussionsforen auch außerhalb des Plenums (z.B. durch Arbeitsforen zu Themen), verbindliche Redezeiten für alle, mit Pausen um konzentriertes Arbeiten zu ermöglichen und Parteitage, die an Wochenenden stattfinden, um Berufstätigen die Teilnahme zu erleichtern.</p>
<p>175 ... Mitgliederinitiativen um wichtige Themen auf die Agenda setzen zu können. Das Antragsrecht für Mitglieder wird nach einem definierten Schlüssel je nach Ebene festgelegt zum Beispiel für Ortsvereine 5 Mitglieder, für Kreisparteitage mindestens 10 Mitglieder, zum Landesparteitag 100 Mitglieder und auf Bundesparteitagen 1000 Mitglieder.</p> <p>180</p>	<p>(6) Mitgliederinitiativen um wichtige Themen auf die Agenda setzen zu können. Das Antragsrecht für Mitglieder wird nach einem definierten Schlüssel je nach Ebene festgelegt zum (Beispiel für Ortsvereine 5 Mitglieder, für Kreisparteitage mindestens 10 Mitglieder, zum Landesparteitag 100 Mitglieder und auf Bundesparteitagen 1000 Mitglieder.)</p>
<p>180 ... Mitgliederbefragungen und öffentliche Anhörungen zur Orientierung während der Willensbildung.</p>	<p>(7) Mitgliederbefragungen und öffentliche Anhörungen zur Orientierung während der Willensbildung.</p>
<p>185 ... Mitgliederentscheide zu Sachfragen als Abschluss eines Diskussionsprozesses. Hierfür wollen wir die Absenkung des Quorums auf 20 Prozent und die Möglichkeit der Briefwahl eröffnen.</p> <p>190</p>	<p>(8) Mitgliederentscheide zu Sachfragen als Abschluss eines Diskussionsprozesses. Hierfür wollen wir die Absenkung des Quorums auf 20 Prozent und die Möglichkeit der Briefwahl eröffnen. <u>Dabei soll zukünftig ein Mitgliederbegehren zustande kommen, wenn dieses von 5% der Mitglieder unterstützt wird. Die Frist zum Sammeln der Unterschriften wird auf 6 Monate erhöht. Für</u></p>

195		<u>den Mitgliederentscheid ist eine Beteiligung der stimmberechtigten Parteimitglieder von 1/4 zukünftig ausreichend. Gleichzeitig soll der Bundesvorstand ein Verfahren erarbeiten, welches die neuen Kommunikationsmedien für solche Abstimmungen stärker einbindet.</u>
200	... Urwahlen von Kandidierenden für öffentliche Ämter und Spitzenfunktionen in der Partei mit der Möglichkeit der Brief- wie auch der Urnenwahl.	(9) Urwahlen von Kandidierenden <u>wo sinnvoll und möglich</u> für öffentliche Ämter und Spitzenfunktionen in der Partei mit der Möglichkeit der Brief- wie auch der Urnenwahl. <u>Das gilt entsprechend für die SPE, insbesondere für die Aufstellung eines/r Spitzenkandidaten/in für das Amt des/r Kommissionspräsidenten/in</u>
205		
210	... beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate auf allen Ebenen, wie wir sie unter anderem in der Kommunalakademie, der 100-Dialoge-Tour oder bei den Regionalkonferenzen zur Parteireform erprobt haben.	(10) beteiligungsorientierte Veranstaltungsformate auf allen Ebenen, wie wir sie unter anderem in der Kommunalakademie, der 100-Dialoge-Tour oder bei den Regionalkonferenzen zur Parteireform erprobt haben.
215		
220	... dass Mitglieder bei allen Sach- und Personalentscheidungen das Letztentscheidungsrecht haben. Als offene und diskussionsfreudige Partei will die SPD es den Kreis- und Landesverbänden ermöglichen, auch Nichtmitglieder an Personalentscheidungen im Vorfeld zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Beteiligung bis hin zu Vorwahlen gibt es ein Regelwerk der SPD, welches geeignet ist, Missbrauch auszuschließen. Ob Vorwahlen durchgeführt werden, wird in dem für die Wahl zuständigen Gremium entschieden.	(11) dass Mitglieder bei allen Sach- und Personal-entscheidungen das Letzt-entscheidungsrecht haben. Als offene und diskussionsfreudige Partei will die SPD es den Kreis- und Landesverbänden ermöglichen, auch Nichtmitglieder an Personalentscheidungen im Vorfeld zu beteiligen. Zur Umsetzung dieser Beteiligung bis hin zu Vorwahlen gibt es ein Regelwerk der SPD, welches geeignet ist, Missbrauch auszuschließen. Ob Vorwahlen durchgeführt werden, wird in dem für die Wahl zuständigen Gremium entschieden.
225		
230		
235	... projektförmiges, zeitlich befristetes, ergebnisorientiertes Mit-Arbeiten anbieten auch über alle Parteiebenen hinweg – sei es thematisch oder aktionsbezogen, für Mitglieder und Nicht-Mitglieder gemeinsam. Eine Möglichkeit der Unterstützung hierfür bietet der Innovationsfonds.	(12) projektförmiges, zeitlich befristetes, ergebnisorientiertes Mit-Arbeiten anbieten auch über alle Parteiebenen hinweg – sei es thematisch oder aktionsbezogen, für Mitglieder und Nicht-Mitglieder gemeinsam. Eine Möglichkeit der Unterstützung hierfür bietet der Innovationsfonds. <u>Durch den Innovationsfonds dürfen Ortsvereine und Kreisverbände finanziell nicht belastet werden.</u>
240		
	... als debattenoffene Partei auch von unseren	(13) als debattenoffene Partei auch von

245	Gremien eingesetzten Projektgruppen und VertreterInnen uns nahestehender Organisationen Antragsrecht auf der jeweiligen Parteiebene geben. Selbstverständlich müssen die Anträge mit	unseren Gremien eingesetzten Projektgruppen <i>und VertreterInnen uns nahestehender Organisationen</i> Antragsrecht auf der jeweiligen Parteiebene geben. <u>Ein themenbezogenes Antrags- und Rederecht für</u>
250	den Grundsätzen unserer Partei vereinbar sein. Antragstellerinnen und Antragsteller haben Rederecht in unseren Gremien.	<u>Verbände und Gewerkschaften ist grundsätzlich positiv zu bewerten und soll eingeführt werden. zu welcher Konferenz bzw. zu welchem Parteitag es eingesetzt wird, entscheidet die jeweilige Ebene autonom (also zum Beispiel der Kreisverband).</u>
255		<i>Selbstverständlich müssen die Anträge mit den Grundsätzen unserer Partei vereinbar sein. Antragstellerinnen und Antragsteller haben Rederecht in unseren Gremien.</i>
260	... mehr Unterstützungsangebote für unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger: Schulungen nicht nur von Ortsvereinsvorsitzenden, sondern von	(14) mehr Unterstützungsangebote für unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger: Schulungen nicht nur von Ortsvereinsvorsitzenden, sondern von
265	gesamten Vorständen – und dies nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich	gesamten Vorständen – und dies nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich
270	Wir verstehen die Reform unserer Partei als einen dauerhaften Prozess, der nicht mit den jetzigen Parteitagen abgeschlossen sein kann. Alle offenen und offen bleibenden Fragen aus den bisherigen Diskussionen zur Parteireform in Baden-Württemberg sollen daher durch den Landesvorstand in das Arbeitsprogramm für	Wir verstehen die Reform unserer Partei als einen dauerhaften Prozess, der nicht mit den jetzigen Parteitagen abgeschlossen sein kann. Alle offenen und offen bleibenden Fragen aus den bisherigen Diskussionen zur Parteireform in Baden-Württemberg sollen daher durch den Landesvorstand in das Arbeitsprogramm für
275	die kommende Amtszeit aufgenommen und weiterbearbeitet werden.	die kommende Amtszeit aufgenommen und weiterbearbeitet werden.
	Was wir nicht wollen	Was wir nicht wollen
280	Wir lehnen es ab, noch mehr dauerhafte Strukturen zu schaffen oder gar eine Parallelstruktur mit Zweiklassencharakter.	Wir lehnen es ab, noch mehr dauerhafte Strukturen zu schaffen oder gar eine Parallelstruktur mit Zweiklassencharakter.
	Die Zukunft der SPD	Die Zukunft der SPD
285	Veränderungen hin zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreichen wir nur, wenn wir viele für unsere Ziele begeistern, mitnehmen und zum Mitmachen gewinnen. Schon die Gründungsgeneration	Veränderungen hin zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreichen wir nur, wenn wir viele für unsere Ziele begeistern, mitnehmen und zum Mitmachen gewinnen. Schon die Gründungsgeneration
290	der SPD wusste: Es geht zuerst um die Demokratie. Das ist unser Auftrag und unsere Verpflichtung – und eine schöne und spannende Aufgabe zugleich!	der SPD wusste: Es geht zuerst um die Demokratie. Das ist unser Auftrag und unsere Verpflichtung – und eine schöne und spannende Aufgabe zugleich!
295		

Begründung:

Die SPD Baden-Württemberg hat zunächst einen Lenkungskreis eingesetzt, um den
300 Diskussionsprozess zu organisieren. Daraufhin fanden in allen Bezirken Regionalkonferenzen statt und auch in vielen Kreis- und Ortsvereinen haben wir die Vorschläge der organisationspolitischen
305 Kommission der Bundespartei zur Parteireform diskutiert. Viele Mitglieder haben sich bei den Veranstaltungen, in den Online-Foren und Blogs der Partei eingebracht, sowie Briefe und Emails
310 geschrieben. Über den Vorwärts haben wir unsere Mitglieder breit eingebunden und über Termine und den aktuellen Diskussionsstand informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

315 Viele unserer Mitglieder haben sich mit wertvollen Beiträgen, Bedenken und konstruktiver Kritik eingebracht. Wir haben diese vielen verschiedenen Beiträge strukturiert und aufgegriffen, um gemeinsam
320 den nun vorliegenden Antragsentwurf zu formulieren. Diesen Entwurf stellen wir nun zur Diskussion.

325 Die SPD hat den Menschen in Baden-Württemberg einen Politikwechsel angeboten. Einen echten Wechsel auch im Stil, Politik zu machen. Wir haben die modernste Demokratie für das modernste Land versprochen. Daran werden wir uns messen – in Baden-
330 Württemberg und auch innerhalb unserer Partei.

335 Ein neuer demokratischer Aufbruch in Baden-Württemberg tut Not. Die Menschen sind nicht politikverdrossen, sondern verdrossen davon, wie in unserem Land lange Zeit Politik gemacht wurde. Dies äußert sich in abnehmendem Vertrauen in Politik, sinkender
340 Wahlbeteiligung, schwindenden Mitgliedszahlen der Parteien, in Protest, aber auch in neuen Beteiligungswünschen.

345 Die SPD ist Demokratiepartei. Wer, wenn nicht wir, sind dazu berufen, diesen neuen demokratischen Aufbruch zu schaffen? Die Durchsetzung der Demokratie im 19.

Begründung:

Die SPD Baden-Württemberg hat zunächst einen Lenkungskreis eingesetzt, um den
Diskussionsprozess zu organisieren. Daraufhin fanden in allen Bezirken Regionalkonferenzen statt und auch in vielen Kreis- und Ortsvereinen haben wir die Vorschläge der organisationspolitischen
Kommission der Bundespartei zur Parteireform diskutiert. Viele Mitglieder haben sich bei den Veranstaltungen, in den Online-Foren und Blogs der Partei eingebracht, sowie Briefe und Emails
geschrieben. Über den Vorwärts haben wir unsere Mitglieder breit eingebunden und über Termine und den aktuellen Diskussionsstand informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Viele unserer Mitglieder haben sich mit wertvollen Beiträgen, Bedenken und konstruktiver Kritik eingebracht. Wir haben diese vielen verschiedenen Beiträge strukturiert und aufgegriffen, um gemeinsam
den nun vorliegenden Antragsentwurf zu formulieren. Diesen Entwurf stellen wir nun zur Diskussion.

Die SPD hat den Menschen in Baden-Württemberg einen Politikwechsel angeboten. Einen echten Wechsel auch im Stil, Politik zu machen. Wir haben die modernste Demokratie für das modernste Land versprochen. Daran werden wir uns messen – in Baden-
Württemberg und auch innerhalb unserer Partei.

Ein neuer demokratischer Aufbruch in Baden-Württemberg tut Not. Die Menschen sind nicht politikverdrossen, sondern verdrossen davon, wie in unserem Land lange Zeit Politik gemacht wurde. Dies äußert sich in abnehmendem Vertrauen in Politik, sinkender
Wahlbeteiligung, schwindenden Mitgliedszahlen der Parteien, in Protest, aber auch in neuen Beteiligungswünschen.

Die SPD ist Demokratiepartei. Wer, wenn nicht wir, sind dazu berufen, diesen neuen demokratischen Aufbruch zu schaffen? Die Durchsetzung der Demokratie im 19.

Jahrhundert, die Einführung des Frauenwahlrechts, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ – untrennbar ist die Geschichte der Sozialdemokratie verwoben mit der Demokratisierung unseres Landes.

Die Wahl vom 27. März 2011 hat den Wechsel in Baden-Württemberg gebracht. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern ein neues politisches Klima versprochen – versprochen und gehalten: Der Volksentscheid zu Stuttgart 21 kommt noch in diesem Jahr. Und auch in der Bildungspolitik setzen wir neue Akzente: Verantwortliche in den Kommunen, Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer können nun Bildungspolitik von unten gestalten. Wir stülpen nichts über, sondern entwickeln passende Lösungen mit den Betroffenen vor Ort.

Die SPD Baden-Württemberg – die demokratischste Partei für die modernste Demokratie, das wollen wir sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, vertrauen wir unseren Mitgliedern. und denen, die sich an uns wenden. Bevor wir Geschlossenheit einfordern können, müssen wir offene Debatten führen und fair miteinander umgehen. Wir dürfen den Widerspruch nicht nur zulassen sondern Meinungsvielfalt als Chance zu besseren und breiter akzeptierten Lösungen begreifen. Sachentscheidungen dürfen keine Personenschicksale sein, das ist notwendig für mehr Beteiligung.

Wir hören zu und setzen auf Transparenz und einen Informationsfluss auf vielen Kanälen und in beide Richtungen. In unseren Veranstaltungen ist Raum, sich mit seinen eigenen Anliegen zu Wort zu melden und dafür Gehör zu finden. Wir laden nicht nur ein, sondern gehen auch verstärkt hin, insbesondere zu denen, die kaum eine Stimme in unserem Land haben. Denn unser repräsentatives System funktioniert nur, wenn die Gewählten –Mandatsträger, wie Delegierte – ein echtes Interesse an den Menschen haben und mehr als nur sich selbst vertreten.

Jahrhundert, die Einführung des Frauenwahlrechts, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ – untrennbar ist die Geschichte der Sozialdemokratie verwoben mit der Demokratisierung unseres Landes.

Die Wahl vom 27. März 2011 hat den Wechsel in Baden-Württemberg gebracht. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern ein neues politisches Klima versprochen – versprochen und gehalten: Der Volksentscheid zu Stuttgart 21 kommt noch in diesem Jahr. Und auch in der Bildungspolitik setzen wir neue Akzente: Verantwortliche in den Kommunen, Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und Lehrerinnen und Lehrer können nun Bildungspolitik von unten gestalten. Wir stülpen nichts über, sondern entwickeln passende Lösungen mit den Betroffenen vor Ort.

Die SPD Baden-Württemberg – die demokratischste Partei für die modernste Demokratie, das wollen wir sein. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, vertrauen wir unseren Mitgliedern. und denen, die sich an uns wenden. Bevor wir Geschlossenheit einfordern können, müssen wir offene Debatten führen und fair miteinander umgehen. Wir dürfen den Widerspruch nicht nur zulassen sondern Meinungsvielfalt als Chance zu besseren und breiter akzeptierten Lösungen begreifen. Sachentscheidungen dürfen keine Personenschicksale sein, das ist notwendig für mehr Beteiligung.

Wir hören zu und setzen auf Transparenz und einen Informationsfluss auf vielen Kanälen und in beide Richtungen. In unseren Veranstaltungen ist Raum, sich mit seinen eigenen Anliegen zu Wort zu melden und dafür Gehör zu finden. Wir laden nicht nur ein, sondern gehen auch verstärkt hin, insbesondere zu denen, die kaum eine Stimme in unserem Land haben. Denn unser repräsentatives System funktioniert nur, wenn die Gewählten –Mandatsträger, wie Delegierte – ein echtes Interesse an den Menschen haben und mehr als nur sich selbst vertreten.

400 Eine moderne Beteiligungskultur muss der
heutigen Lebenswirklichkeit der Menschen
gerecht werden. Diese lässt beispielsweise
aufgrund veränderter Erwerbssituationen oft
nur noch punktuelleres oder projektbezogenes
Mitwirken zu. Wir wollen also sowohl eine
gesteigerte Wertschätzung und mehr
405 Entscheidungskompetenzen für unsere
Mitglieder, als auch eine Einladung und
Angebote zum Mitmachen für Bürgerinnen
und Bürger. Die aktuelle Parteireform kann
dabei nur ein erster Schritt sein, die einen
410 Bewusstseinswandel unterstützt.

Dabei achten wir darauf, dass sich jeder und
jede entsprechend seiner und ihrer
Möglichkeiten einbringen kann.
415

420

425

430

Eine moderne Beteiligungskultur muss der
heutigen Lebenswirklichkeit der Menschen
gerecht werden. Diese lässt beispielsweise
aufgrund veränderter Erwerbssituationen oft
nur noch punktuelleres oder projektbezogenes
Mitwirken zu. Wir wollen also sowohl eine
gesteigerte Wertschätzung und mehr
405 Entscheidungskompetenzen für unsere
Mitglieder, als auch eine Einladung und
Angebote zum Mitmachen für Bürgerinnen
und Bürger. Die aktuelle Parteireform kann
dabei nur ein erster Schritt sein, die einen
410 Bewusstseinswandel unterstützt.

Dabei achten wir darauf, dass sich jeder und
jede entsprechend seiner und ihrer
Möglichkeiten einbringen kann.